FAROOQ KHAN / DPA

in Amerika Schwarze und Latinos die Mehrheit stellen. Es gibt heute noch immer genügend Leute, die sich nicht daran gewöhnen können, dass ein Schwarzer Präsident ist. Aber Obama wird sich zurückmelden, wie Bill Clinton, das „Comeback Kid“, nach den Kongresswahlen 1994.

SPIEGEL: Die Republikaner haben gute Aussichten, bei den Kongresswahlen im November stark zuzulegen. Wird dies das endgültige Ende für Obamas Reformvorhaben bedeuten?

Lewis: Will Obama einschneidende Reformen durchsetzen, geht das nur mit einer Mehrheit in beiden Parlamentskammern.

SPIEGEL: Die hatte er fast zwei Jahre lang, mit eher zweifelhaftem Erfolg.

Lewis: Er hat doch eine Menge geändert, vor allem hat er den Menschen wieder Hoffnung gegeben. Eine Kongresskollegin hat mir neulich erzählt, wie sie auf der Straße einem Mann mit herunterhängender Hose begegnet ist. Sie sagte zu ihm: „Zieh deine Hosen hoch. Für Barack Obama.“ Und er zog die Hose hoch.

POLEN

Folter im Dezember

Zum ersten Mal haben frühere CIA-Agenten bestätigt, dass der US-Geheimdienst im Zuge seines Krieges gegen den Terror auch in Polen foltern ließ. So soll ein 60-jähriger CIA-Mann namens Albert in der umfunktionierten Militärbasis Stare Kiejkuty im Masurengebiet den Terrorverdächtigen Abd-al-Rahim al-Naschiri in mehreren Sitzungen mit einer Bohrmaschine gequält haben. Naschiri gilt als Urheber eines der ersten großen Attentate der Qaida, dessen Ziel im Oktober 2000 der US-Zerstörer „Cole“ im Golf von Aden war. Laut Aussagen der CIA-Agenten, die ungenannt bleiben möchten, folterte Agent Albert den Verdächtigen im Dezember 2002 zwei Wochen lang. Das geht auch aus einem Bericht des CIA-Generalinspekteurs hervor: „Der Vernehmer ging in die Zelle des Gefangenen und stellte die Bohrmaschine an, während der Gefangene nackt und mit einer Kapuze über dem Kopf vor ihm stand“, heißt es da. Wiederholt soll Albert die Maschine sowie eine Handfeuerwaffe ganz nah an Naschiris Kopf gehalten und ihm dabei mit dem Tod gedroht haben. Der Agent wurde später aus dem Dienst entfernt, ein angestrebtes Gerichtsverfahren gegen ihn aber eingestellt. Mittlerweile arbeitet Albert erneut für die CIA, nun auf Honorarbasis. Polens damaliger Präsident Aleksander Kwaśniewski stritt die Existenz geheimer Gefängnisse auf dem Territorium seines Landes stets ab, auch die neuen Vorwürfe beeindrucken ihn offenbar nicht: „Die Polen haben damit nichts zu tun“, so Kwaśniewski. Adam Bodnar von der Helsinki-Stiftung für Menschenrechte in Warschau fordert dagegen, man müsse nun prüfen, ob nicht auch polnische Offiziere wegen Folter angeklagt und polnische Politiker vor ein Staatstribunal gestellt werden müssten.

CZAREK SOKOLOWSKI / AP (GR.); REUTERS (KL.)

Militärbasis Stare Kiejkuty, Naschiri

EU

Geld gegen Wissen

Ehemalige EU-Kommissare machen die in ihrer Amtszeit geknüpften Kontakte nach ihrem Ausscheiden gern zu Geld – ohne auch nur eine kurze Schamfrist zu wahren. Deshalb fordert Inge Gräßle, Haushaltsexpertin der EVP-Fraktion im EU-Parlament, es müsse eine zweijährige Karenzzeit gelten, bevor ausgeschiedene EU-Spitzenleute hochdotierte Jobs in der Privatwirtschaft annehmen dürfen: „Man muss die EU vor ihren Ex-Kommissaren schützen.“ Günter Verheugen zum Beispiel, der in der Kommission noch bis Februar für Unternehmen und Industrie zuständig war, gründete jüngst die Firma „The European Experience Company“. Schon länger berät Verheugen unter anderem die Royal Bank of Scotland und den Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken. Ex-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner aus Österreich ergatterte Posten beim Versicherer Munich Re und dem spanischen Energieunternehmen Gamesa. Der ehemalige Binnenmarktkommissar Charly McCreevy rückte in den Aufsichtsrat beim irischen Billigflieger Ryanair, Ex-Verbraucherkommissarin Meglena Kunewa aus Bulgarien wechselte zur französischen Bank BNP Paribas, und ihr zuvor für Fischerei zuständiger Kollege, Joe Borg aus Malta, heuerte bei der Consultingfirma Fipra an, die auch Reedereien berät. Der ehemalige Hohe Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, ist ebenfalls versorgt: Er kam beim spanischen Konzern Acciona unter, der regelmäßig EU-Fördergelder einstreicht. Zwar müssen die neuen Jobs von der EU-Kommission genehmigt werden, doch gebe es keine klaren Prüfkriterien dafür, hatte bereits 2009 eine Studie für das EU-Parlament kritisiert.